



SCHMITZ & CIE.
Individuelle Fondsberatung

Schmitz & Cie. GmbH
Individuelle Fondsberatung

Pelargonienweg 4
D-81377 München

Telefon: +49 (89) 17 92 40-20
Telefax: +49 (89) 17 92 40-24

info@schmitzundcie.de
www.schmitzundcie.de

Expertenkolumne im „**Portfolio Journal 07/2006**“ zum Thema

„Schweizer Börse“

Verfasser: Dipl.-Kfm. Holger Schmitz von der SCHMITZ & PARTNER AG – Privates Depotmanagement, Via Albaredo 53, CH-6645 Brione s. Minusio:

Börse Schweiz: interessante Kaufgelegenheiten

„*Anflüge von Panik an den Börsen: Große Kurseinbußen rund um den Globus*“. So titelte die sonst so besonnene *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. Juni 2006 auf der ersten Seite ihres Wirtschaftsteils. Grund für diese irritierende Schlagzeile war die erste deutliche Korrektur an den internationalen Aktienbörsen in dem seit Frühjahr 2003 anhaltenden Aufwärtstrend. In den fünf Wochen vom bisherigen Jahreshöchststand am 9. Mai verloren beispielsweise der Dow Jones in den USA sieben Prozent, der SMI in der Schweiz elf Prozent, der DAX in Deutschland 14 Prozent, der Nikkei in Japan 17 Prozent und der ATX in Österreich 22 Prozent. Viele Aktienbörsen in den sogenannten Emerging Markets wie zum Beispiel Mexiko (minus 23 Prozent), Indien (minus 28 Prozent) oder Rußland (minus 29 Prozent) erlitten sogar noch höhere Kurseinbußen.

Genau seit dem Erscheinen dieses Artikels stiegen die Kurse an den Aktienbörsen wieder und ließen den kurzzeitig erreichten Jahrestiefststand am 13. Juni deutlich hinter sich. Die Nervosität eines Teils der Anleger ist dennoch bemerkenswert und erstaunlich zugleich. Da klettern die Aktienkurse zum Beispiel beim DAX von März 2003 bis Mai 2006 nahezu ununterbrochen von rund 2.200 Punkten auf fast 6.200 Punkte – großzügig gerechnet also um fast 200 Prozent! – und sobald es zu einem Rückgang von knapp über zehn Prozent kommt, bricht Panik aus und es wird schon wieder das Wort „Crash“ verwendet. Aus unserer Perspektive ist diese Sicht der Dinge unangemessen.

Denn Börsenkorrekturen haben auch ihr Gutes: Sie sorgen dafür, daß die Anleger nicht zu übermütig werden und sich wieder vorsichtiger verhalten. Aber die meisten Investoren empfinden Korrekturen in erster Linie als ernste Bedrohung und als Gefahr, eine schmerzhaft Einbuße in ihrem Vermögen hinnehmen zu müssen. Doch wer sich in diesen Tagen der allgemeinen Panikmache von seinen Aktien trennte, der wird sich erfahrungsgemäß auch schwertun, sich rechtzeitig wieder einzudecken und sich von neuem an den Aktienbörsen zu engagieren. Die Krise hingegen aussitzen und sich von der hysterischen Masse nicht verrückt machen lassen dürfte statt dessen auch diesmal die richtige und erfolgversprechende Taktik sein.



An der Börse lohnt es sich immer, wie ein langfristig denkender Unternehmer zu handeln. Auch die aktuelle Situation an den Aktienmärkten sollte eher unter dem Aspekt „wo liegen die Chancen?“ als unter der ängstlichen Fragestellung „wo sind die Risiken“ betrachtet werden. Auf Dauer gehen die Pessimisten an der Börse das größte Risiko ein, welches die Aktienmärkte bergen – das Verpassen einer Hausse! Aufmerksame Beobachter der Börsenentwicklung erkennen, daß die Phasen von steigenden Kursen viel länger sind als die Perioden fallender Märkte. Hinzu kommt, daß das zeitlich richtige Voraussehen einer Kursschwäche fast unmöglich ist. Daher kann ein übervorsichtiger Anleger, der zu früh verkauft, mehr an Kapitalgewinn verpassen, als er an Vermögen einbüßen würde, wenn er überhaupt nicht verkaufen würden und die Baisse einfach durchstehen würde.

Viel mehr Sorge als über gerade einmal gut zehn Prozent korrigierende Aktienkurse im DAX sollte sich der nachdenkliche Anleger statt dessen über das größte Steuererhöhungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und dessen negativen Folgen machen. Mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Einführung der „Reichensteuer“ bestätigt sich die Ahnung, daß die schwarz-rote Koalition in Berlin zu dringend notwendigen Reformen nicht fähig ist. Von einem Wagnis, von einem Ruck, der durch Deutschland gehen sollte, kann keine Rede mehr sein. Statt dessen macht der Bund nach wie vor ungehemmt Schulden. Der Staat wuchert ständig weiter, regelt und berieselt mit seiner ganzen Fülle bald alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens. Nichts darf einfacher werden, weil eine solche Maßnahme sofort den Anschein erhielte, unsoziale Folgen zu haben. „Das ist die Ausdehnung des bankrotten und überforderten Sozialstaates alter Schule.“¹

Die langfristig folgenschwereren Signale setzt allerdings nicht einmal die drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte, sondern der Beschluß zur Einführung der „Reichensteuer“. Anders als der Begriff uns glauben machen will, handelt es sich um nichts anderes als eine Leistungssteuer. Denn es geht um eine zusätzliche Besteuerung des Einkommens und damit trifft diese Steuer in erster Linie die Leistungsträger in Deutschland. Nur weil der Ausdruck „Reichensteuer“ politisch harmloser klingt, wählten die politischen Entscheidungsträger der Großen Koalition diesen Ausdruck. Aber kann eine Regierung, die nicht einmal den Mut hat, die Dinge beim Namen zu nennen und auch offenbar kein Verhältnis zur Leistung besitzt, Deutschland die dringend benötigten neuen Impulse geben?²

Schon der Begriff „Reichensteuer“ ist ein Affront. Er beschreibt „die offenbare Zugehörigkeit zu einer Gruppe von Aussätzigen“³. In anderen Ländern wie zum Beispiel den USA fühlen sich Menschen angespornt, es den Erfolgreichen nachzumachen. In Deutschland hingegen sehen sich die Menschen ermuntert, es ihnen wegzunehmen. Zusätzlich erinnert im historischen Zusammenhang der Ausdruck „Reichensteuer“ stark an „Judensteuer“.⁴ Natürlich geht es nicht um dieselbe Dimension, aber um dasselbe Prinzip und dieselbe Geste der Ächtung. In der deutschen Nachkriegsgeschichte ist es ein einmaliger Vorgang, eine Steuer nach einer Personengruppe zu benennen, die man dazu noch diffamieren darf.

¹ Neue Zürcher Zeitung, 3. Mai 2006, Seite 30.

² Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Mai 2006, Seite 10.

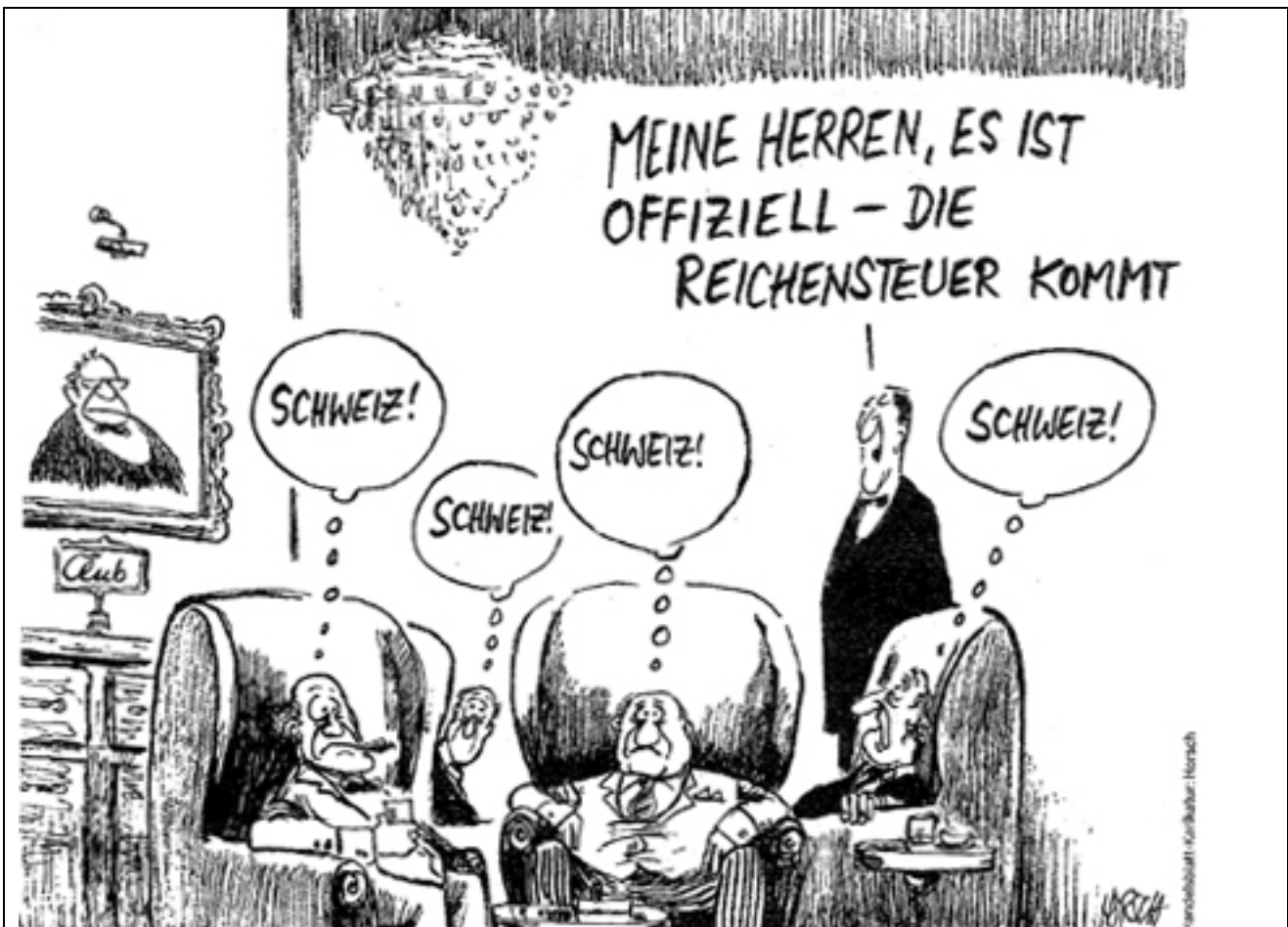
³ Reinhard K. Sprenger, Handelsblatt vom 9. – 11. Juni 2006, Seite 7.

⁴ Vgl. Reinhard K. Sprenger, Handelsblatt vom 9. – 11. Juni 2006, Seite 7.



Erschwerend kommt noch hinzu, daß etwa drei Viertel der Deutschen der „Reichensteuer“ zustimmen. Muß man sich dann noch wundern, wenn die Reichen die „Haut-doch-ab-Steuer“ beim Wort nehmen und Deutschland den Rücken kehren?⁵

Wer es als Leistungsträger in heutiger Zeit in Deutschland zu Wohlstand bringt, macht sich zum Objekt der Begierde: Der Staat nimmt ihm das Geld und die Mitbürger nehmen ihm die Freude am Erreichten. Dahinter steckt purer Neid, denn Wohlstand für alle ist nur so lange erträglich, wie der Wohlstand des Einzelnen sich nicht allzu deutlich von dem Wohlstand der Masse abhebt. Dabei sollten auch die Deutschen endlich einsehen, daß es Wohlstand ohne Reichtum nicht geben kann. Wenn Politik und Medien nicht endlich damit anfangen, sich aktiv gegen Mißgunst und Neid zu wenden, wird sich Deutschland bald nicht nur von den letzten Reichen verabschieden müssen – sondern auch vom Wohlstand für alle.⁶



Quelle: Handelsblatt vom 3. Mai 2006, Seite 14

⁵ Vgl. Reinhard K. Sprenger, Handelsblatt vom 9. – 11. Juni 2006, Seite 7.

⁶ Vgl. Klaus Schweinsberg, Capital vom 11. Mai 2006, Seite 3.